

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser,

wie bewertet man das Handeln eines Finanzministers, der sich mit seinem 15,5-Milliarden-Haushaltsplan 2011 um anderthalb Milliarden verrechnet und dann zwei Jahre später so tut, als stelle er nun viel mehr Geld fürs Volk zur Verfügung, obwohl der aktuelle Plan 200 Millionen Euro unter der Summe liegt, die vor zwei Jahren am Ende tatsächlich ausgegeben wurde? Hat er die Öffentlichkeit getäuscht oder hat er sich geirrt? Bedenkt man, dass maximal ein Zehntel des Landeshaushalts politisch frei verfügbar ist, also rund anderthalb Milliarden, hat Sachsens Finanzminister Unland die drohende finanzielle Handlungsunfähigkeit des Landes vorgespielt. Damit wollte er einen seit 1990 beispiellosen Sozialabbau rechtfertigen, der auch mit dem aktuellen Etatentwurf nicht zurückgenommen wird.

Ob Täuschung oder Irrtum – mit dieser CDU/FDP-Staatsregierung ist kein Staat zu machen, weil sie statt zu handeln das Land lahmgelegt hat. Statt die Bremsen bei den Investitionen in Bildung und sozialen Zusammenhalt zu lösen, tritt man öffentlich auf die Schuldenbremse, obwohl Sachsen gar kein Schuldenproblem und niemand Neuverschuldung gefordert hat. Aber der Tanz der schwarz-gelben Koalition ums Schuldenverbot ist offenbar ebenso eine durchsichtige Inszenierung wie die wirklichkeitsfernen Zahlenspiele des Finanzministers. Wer an all dies glaubt, wird nicht selig – politische Glaubwürdigkeit sieht anders aus!

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.

Fraktion im Sächsischen Landtag

LINKER Einfall wegen zu viel Ausfall

Die Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag wollte sich nicht länger mit der von der Realität widerlegten Behauptung, in Sachsen stünden ausreichend Lehrer/innen vor den Klassen, begnügen und hatte eine Idee: Ende letzten Jahres wurden Sachsens Schüler/innen gebeten, aufzuschreiben, wie viele Unterrichtsstunden in einem bestimmten Zeitraum an ihren Schulen ausgefallen sind und der LINKEN dies mitzuteilen. Inzwischen sind die Einsendungen ausgewertet. Zum Umfrageergebnis befragten wir die **Fraktionsprecherin für Bildungspolitik, MdL Cornelia Falken:**

Frau Falken, hat Sachsen ein Problem mit nicht gehaltenem Unterricht?

Definitiv. Auch wenn Ministerin Kurth keine Zahlen nennt und das Thema gern abmoderieren würde. Unsere Umfrage bestätigt: Der Unterrichtsausfall ist – und war offenbar gerade im letzten Schuljahr – besonders hoch.

Wie viel Unterricht fällt denn im Durchschnitt aus?

Mit Durchschnittszahlen ist die wirkliche Dramatik nicht zu erfassen. Es sind die Extreme, die man angucken muss. Auch wenn unsere Umfrage nicht repräsentativ ist, müssen wir

zur Kenntnis nehmen, dass es hierzulande Klassen gibt, an denen in Monatsfrist bis zu 27 Unterrichtsstunden ausgefallen sind. Das entspricht in etwa einer ganzen Unterrichtswoche! Mit regulärem Schulbetrieb hat das rein gar nichts mehr zu tun.

Wie geht DIE LINKE mit den Umfrageergebnissen um?

Wir werden natürlich wie bisher vehement dafür eintreten, dass mehr junge Lehrer eingestellt und Lehrkräfte generell angemessen bezahlt werden. Wir unterstützen die Forderung der Lehrervertretungen nach einem Generationentarifvertrag und fordern Arbeitsbedingungen, die Schule für beide Seiten zum Gewinn macht: für Lernende und Lehrende. Und wir fordern Kultusministerin Kurth ausdrücklich auf, endlich die amtliche Halbjahresstatistik über den ausgefallenen Unterricht zu veröffentlichen, wozu sie im Übrigen per Landtagsbeschluss verpflichtet ist. Zudem haben wir ganz aktuell einen Antrag zur Personalsituation an den Schulen gestellt.

Was konkret unsere Umfrage betrifft, haben wir drei Einsender ausgewählt, die wir in verschiedener Weise unterstützen. Mitte September habe ich der Schule zur



Foto: efa

Lernförderung „Fritz Gietzelt“ in Leipzig den ersten symbolischen Scheck überreicht (Foto unten), ein zweiter ging an das Geschwister-Scholl-Gymnasium in Nossen. Den Unterrichtsausfall beheben wir damit zwar nicht, mit unserer Unterstützung wollen wir aber den jeweiligen Schülerrat ermutigen, weiter konsequent für die Interessen der Schüler/innen zu streiten. Eine Einzelzuschrift haben wir noch extra ausgewählt. Diese kam von Henrik Merker (Foto oben rechts), der Schülersprecher im Gymnasium in Großröhrsdorf ist und sich sehr über den Unterrichtsausfall ärgert. Und der nun dank uns in der zwangsläufig „frei“ werdenden Zeit der Ausfallstunden seine Lieblingsmusik über einen neuen iPod nano – natürlich in Rot! – anhören kann.



Foto: DAK

Die Schulsozialarbeiterin Janine Kloß (links) mit Schülerinnen und Schülern der Schule für Lernförderung „Fritz Gietzelt“ Leipzig.

Landeshaushalt 2013/2014: Für die Menschen oder für den Sparstrumpf?

Am 7. September hat Sachsens Staatsregierung dem Landtag ihre Haushaltsvorstellungen für die kommenden zwei Jahre präsentiert. Formal hieß das „Erste Lesung des Entwurfs des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Sachsen für die Haushaltsjahre 2013 und 2014 und die Feststellung der Finanzausgleichsmassen und der Verbundquoten in den Jahren 2013 und 2014“ (Drucksache 5/9949). Viele Buchstaben für viel Geld: Insgesamt 33,13 Milliarden für den sächsischen Doppelhaushalt 2013/14 „schwer“. Wie das Geld verteilt, wo gekürzt und wo draufgesattelt werden soll, darüber gehen die Vorstellungen von CDU/FDP und der LINKEN weit auseinander. Die größten Differenzen skizzierte **Fraktionsvorsitzender Rico Gebhardt** wie folgt:

Vielen droht Armut im Alter

Zwei Drittel aller hier sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten verdienen maximal 2.500 Euro brutto im Monat und gehören damit zu der Gruppe der Bevölkerung, die in Zukunft von Altersarmut bedroht ist. Soviel zu den Visionen Tillichs und Morloks, aus Sachsen ein „Geberland“ zu machen. Besser wäre, Schwarz-Gelb würde sich mit uns für einen bundesweiten gesetzlichen Mindestlohn und für ein Landes-Vergabegesetz einsetzen, das dafür sorgt, dass mit Aufträgen des Freistaates kein Lohndumping mehr unterstützt wird.

Axt an der Wurzel des sozialen Zusammenhalts

Die Koalition von CDU und FDP hat die Axt an die Wurzel des sozialen Zusammenhalts gelegt. Im ersten Etat dieser Koalitionsregierung für 2011 und 2012 wurde der Sozialhaushalt um 13 Prozent zusammengestrichen. Diese Untat wird mit dem Doppelhaushalts-Entwurf 2013/2014 keineswegs zurückgenommen. Finanzminister Unland ist dem damaligen Protest mit der Begründung begegnet, zur Bekämpfung der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie des drohenden Rück-



gangs der Einnahmen seien diese schmerzhaften Einschnitte unumgänglich. Diese Rechtfertigungsstrategie der Staatsregierung gehört in der Haushaltsgeschichte des Freistaates ins Kapitel Legendenbildungen. Mit einigen wenigen Zahlen kann man diese Legende zerstören: Das Haushaltsjahr 2011 sah Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 15,5 Mrd. Euro vor. Inzwischen gibt es ja eine Ist-Betrachtung dieses Haushaltsjahres. Die sagt folgendes: 16,9 Mrd. eingenommen, 16,5 Mrd. ausgegeben. Im Ergebnis war das heraufbeschworene haushaltspolitische „Katastrophenjahr 2011“ das drittbeste Einnahmejahr seit 1990 und das fünfthöchste Ausgabevolumen eines Haushaltes seit 1990!

Haushalt 2011/12 war Wahlkampfhaushalt

Ausgehend von diesen Erkenntnissen sind die aktuellen Aussagen

zur Entwicklung des Haushaltes für 2013 und 2014 mit gesundem Misstrauen zu bewerten. Dennoch ist es notwendig, noch einen Aspekt der vergangenen Haushaltsperiode zu beleuchten. Denn falls doch angesichts der enormen Differenz von anderthalb Milliarden Euro ein Plan bestand, dann kann das nur dieser sein: Der Haushalt 2011/12 war ein Wahlkampfhaushalt. Ausgehend von absurd niedrigen und falschen Planzahlen soll jetzt ein Aufwuchs simuliert werden, der aber praktisch nicht existiert! Dafür hat Schwarz/Gelb Flurschaden in der Gesellschaft angerichtet, den der neue Doppelhaushalt nicht beseitigt. Im Vergleich zu den realen Zahlen des Jahres 2011 sinkt das Volumen des Plans 2013 um 200 Mio. EUR! Der Freistaat verhält sich wie jene Vermögenden, die sich arm rechnen, um ja nicht ihren Verpflichtungen gegenüber der Gesellschaft nachkommen zu müssen.

Dauerbaustelle Bildung

Zu den Pflichten der Landesregierung würde es jetzt gehören, ihre bildungspolitische Irrfahrt zu beenden, deren Ziel lautet: CDU und FDP wollen in Sachsen die besten Schulen mit den deutschlandweit am schlechtesten bezahlten Lehrerinnen und Lehrern schaffen, ganz zu schweigen von den defizitären Arbeitsbedingungen. Das funktioniert nicht! Für die Schule brauchen wir eine viel größere Anzahl an Referendarstellen und deutlich mehr Einstellungen von Lehrkräften. Die jetzt

im Haushalt eingestellten Mittel für „Unterrichtsgarantie“ in Höhe von 2,8 bzw. 4,1 Mio. Euro, um Vertretungskräfte mit und ohne Lehrbefähigung durch die Schulleiterinnen und Schulleiter einstellen zu lassen, sind Folge der verfehlten Schulpolitik der letzten Jahre. Mit welchem Standortvorteil will Sachsen im Wettbewerb um die immer mehr umworbene ausgebildeten Referendare kämpfen? Gehalt: Fehlanzeige. Kleine Klassen: Fehlanzeige. Durchlässige Bildungsangebote: Fehlanzeige. Hochtechnologien im Unterricht: Fehlanzeige. Und die Ministerin philosophiert im Fernsehen: Man müsste mal was tun ...

Kita-Pauschale rauf, Betreuungsschlüssel runter

Bei der frühkindlichen Bildung sieht es nicht besser aus: Die Kita-Landespauschale ist seit 2005 bei 1.875 Euro eingefroren. Sie muss auf 2.400 Euro angehoben werden! Damit könnte dann auch die überfällige Verbesserung des Personalschlüssels finanziert werden: von 1:6 auf 1:4 in der Krippe und von 1:13 auf 1:10 in den Kitas. Dafür werden wir uns in den Haushaltsberatungen stark machen, ebenso für die Anrechnung der Vor- und Nachbereitungszeit bei der Umsetzung des Sächsischen Bildungsplanes.

Besonders erbärmlich sieht es beim Bildungsthema Inklusion aus, also der Einbeziehung von Kindern mit besonderem Förderbedarf in das Regelschulwesen. Für mehr



als 1.700 Schulen und über 2.700 Kitas in Sachsen stellt das Kultusministerium in den Jahren 2013 und 2014 jeweils 150.000 Euro für Inklusion zur Verfügung. Das entspricht in etwa dem Jahresgehalt eines Ministers. Das ist nicht nur eine Missachtung der UN-Behindertenrechtskonvention, sondern auch des Landtags, dessen demokratische Fraktionen in einem gemeinsamen Antrag erste Schritte zur Gestaltung der Inklusion beschlossen haben.

Sachsen hat kein Verschuldungsproblem ...

... denn wir haben die „Milbradt-Dividende“, die dem Freistaat eine beispiellos niedrige Schuldenlast und eine hohe Investitionsquote beschert hat. Ungeachtet des grandiosen Versagens bei der Landesbank-Geschäftspolitik, die

zum Crash mit Milliardenverlust geführt hat. Wir zahlen jetzt im vorliegenden Haushaltsentwurf auch für Rechnungen, die uns der Notverkauf der Sächsischen Landesbank hinterlassen hat. Ein originäres CDU-Erbe. Pro Haushaltsjahr sind 100 Mio. Euro zur planmäßigen Zuführung in den Garantiefonds eingestellt, um die Gesamtlast von 2,75 Mrd. Euro an Gewährleistungen zu finanzieren. Ob der Koalition eigentlich bewusst ist, was man für Landesprogramme für diese 200 Mio. auflagen könnte, um z.B. soziale und kulturelle Infrastruktur zu gestalten? Auch dies ist ein weiteres Beispiel für die Vernichtung von potentieller Gestaltungskraft im Freistaat Sachsen.

Mit den Füßen abgestimmt

Unser Problem ist nicht der Verlust von Geld durch Kreditbelastung,

sondern der Verlust von Menschen, die aufgrund ihrer praktischen Erfahrungen z. B. mit den Folgen sächsischer Niedriglohnpolitik, ihr Glück woanders gesucht haben. Über eine dreiviertel Million Menschen sind NETTO in den vergangenen zwei Jahrzehnten gegangen. Sie haben mit den Füßen abgestimmt über die Politik der Staatsregierung und die Lage im Freistaat. Jeder weiß, dass sich unter denen, die gegangen sind, viele junge gut ausgebildete Menschen, insbesondere viele kluge junge Frauen befinden! Und die holt man nicht mit einer Eierschleiche an der Autobahnraststätte zurück.

Kommunen immer mehr belastet

Die Landespolitik bürdet den Kommunen beständig neue Aufgaben auf, ohne ihnen das dafür notwen-

dige Geld zu geben, wie gerade bei den Lernmitteln erlebt. So blieb der Finanzausgleich jahrzehntelang unverändert, jetzt soll es gerade mal 30 Millionen zusätzlich geben, ein Tropfen auf den heißen Stein.

Die Fraktion DIE LINKE wird die kommende Zeit der Haushaltsberatungen nutzen, um herauszufinden, an welchen Stellen die jeweilige schwarz-gelbe Prägemarke unseren TÜV-Stempel erhalten kann. Stichworte sind dabei: Personalabbau im Landesdienst, haushaltstechnische Umsetzung des Standortgesetzes, Bildungspaket, Sozialhaushalt, Braunkohle-Subventionen, Kahlschlag im Schienenpersonennahverkehr im ländlichen Raum, Schröpfung der Kulturräume u.v.a.m.

► mehr unter www.linksfraktion-sachsen.de (Pressemitteilung 415/2012)

Sachsens Lehrkräfte haben's satt: Streik statt hohler Worte!

Wie schlecht es um Sachsens Bildungswesen bestellt ist, lässt sich neben der Zahl an Ausfallstunden auch an der Anzahl der Großdemonstrationen und Kundgebungen der Schüler/innen, Lehrkräfte und Elternvertretungen ablesen. Allein im laufenden Jahr sind diese vier Mal zu Tausenden nach Dresden gereist, um auf Lehrermangel, schlechte Bezahlung, miese Arbeitsbedingungen und mangelhafte Beachtung durch die Regierenden aufmerksam zu machen: am 28. März, am 10. Mai, am 13. Juni und zuletzt am 7. September, wo mit ca. 15.000 Demonstrierenden so viele Menschen vor dem Dresdner Landtag standen, wie nie zuvor.

Während draußen für bessere Bezahlung und einen Generationen-Tarifvertrag demonstriert wurde, zeigte sich Finanzminister Georg Unland drinnen völlig unbeeindruckt und bezeichnete die Lehrerforderungen als „Partikularinteressen“, die „nicht zu bedienen“ seien. „Altersteilzeit“, so Unland, leiste „keinen Beitrag zur Sicherung der Unterrichtsversorgung“. Auch Unlands Parteikollege, CDU-Fraktionschef Flath, nannte den Lehrer-Warnstreik ungerechtfertigt und Neu-Kultusministerin Kurth „fehlte“ dafür „das Verständnis.“

DIE LINKE hingegen unterstützte die Lehrer-Streikaktionen: „Wenn der Finanzminister Verhandlungen über einen solchen Tarifvertrag ablehnt und der Haushaltsentwurf der Kultusministerin Sachsens Lehrerschaft noch mehr Arbeits-



belastungen zumutet, dann ist der Widerstand dagegen legitim“, so Bildungsexpertin Cornelia Falken: „Mit einem Generationen-Tarifvertrag streben die Lehrer/innen altersgerechtes Arbeiten und flexible Altersübergänge an. Damit schaffen sie Platz für die dringend benötigten jungen Lehrkräfte. Solange die Staatsregierung keine solide Personalpolitik im Lehrerbereich verfolgt, bleibt den Lehrerinnen und Lehrern nichts anderes übrig, als selbst für eine solche Politik zu kämpfen. Das geschieht in ihrem eigenen und dem Interesse der Schülerinnen und Schüler.“



Helles und Finsteres beim Sachsentag in Freiberg

Der 21. Tag der Sachsen ist Geschichte. Freiberg hatte eingeladen und mehr als Vierhunderttausend Gäste kamen. Neben Vereinen, Unternehmen und Kulturschaffenden präsentierte sich auch Sachsens Politik. Darunter wie immer auch DIE LINKE, diesmal in Griffnähe zu den anderen Landtagsfraktionen auf einer sog. Parteienmeile am Busbahnhof. Der Platz selbst war nicht optimal gewählt, hier kamen einfach nicht so viele Besucher/innen entlang, wie wir sonst vom Sachsentag gewöhnt waren. Wie gut, dass es mit dem Bürgerbüro von MdL Dr. Jana Pinka einen zweiten, sehr gut besuchten Anlauf-Ort für an LINKER Politik Interessierte gab. Am Roten Weg war dann der Name Programm, hier standen u.a. die LINKE Bundesvorsitzende MdB Katja Kipping und Sachsens Landeschef und Fraktionsvorsitzender MdL Rico Gebhardt Rede und Antwort, interviewte Fraktionspressesprecher Marcel Braumann Landtagsabgeordnete zu aktuell-politischen Themen und wurde die selbst gebackene Erdbeertorte angeschnitten. Am Busbahnhof gab's dafür LINKE-Logo-Äpfel – und eine Provokation angetrunkenen Nazis. Dass da nicht gleich und konsequent eingegriffen wurde, offenbarte große Lücken am offiziellen Sicherheitskonzept für die „Parteienmeile“. Leider blieb das nicht das einzige Ärgernis: TV-Bilder vom großen Festumzug machten die ansonsten schöne und gastfreundliche Bergstadt unfreiwillig bundesweit bekannt. Die Präsen-



Foto: DAK

tation von Militärtechnik aus dem II. Weltkrieg und winkenden Männer in Wehrmachtsuniformen stießen vielen sauer auf. Die Präsentation der IG Militärtechnikfreunde Sachsen wurde weit über Sachsens Landesgrenzen hinaus zum Stein des Anstoßes. Der kulturpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE Dr. Volker Külöw nannte das Ganze einen Skandal und der VVN-BdA Sachsen verfasste eine offene Erklärung. Darin heißt es: „Sowohl der Standort dieses Vereins während der Festtage als auch seine Einordnung im Festumzug sind höchst kritikwürdig. Vom Konzept eines unpolitisch agierenden Vereins war es völlig abweichend, einen Wegweiser mit Entfernungangabe nach Sewastopol sowie zur Feldpolizei (die Kriegsunwillige als Deserteure

einging und den Henkern übergab) als Dekoration aufzustellen. Im Festumzug erweckte der Auftritt in his-

torischen Wehrmachtsuniformen ebenfalls abstoßende Gedanken und Gefühle. Die Frage eines Ukrainers an uns, wie so etwas geduldet werden könne, konnten wir nicht beantworten. (...) Es ist beschämend, dass Uniformen dieser faschistischen Armee ohne auch nur einen Hinweis auf ihr verbrecherisches Wirken im Dritten Reich im Festumzug getragen werden durften.“ Der VVN-BdA forderte die Staatsregierung auf, „eine kritische Auswertung des Aufmarsches von Wehrmachtstechnik in Uniformen einer als verbrecherisch verurteilten Armee vorzunehmen und Sorge dafür zu tragen, dass eine Wiederholung künftig ausgeschlossen wird.“ MdL Dr. Külöw hat unter der Drucksachennummer 5/10108 eine Kleine Anfrage gestellt. Übrigens: 2013 findet der Tag der Sachsen in Schwarzenberg statt ...



Foto: DAK

Frauenarmut in einem reichen Land

Am Samstag, dem **6. Oktober 2012** lädt die Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag zu ihrer **6. Armutskonferenz** nach Chemnitz ein. Zwischen 10 und 16 Uhr geht es im Kraftwerk e.V. in der Kaßbergstraße 36 um die Armutslagen von Frauen in unterschiedlichen Phasen des Lebens. Mit der Konferenz will DIE LINKE einen Beitrag zur Analyse der sozialen Situation in Sachsen leisten und ihrem Verfassungsauftrag zur Kontrolle

der Staatsregierung nachkommen sowie Vorschläge zur Verbesserung der Situation betroffener Frauen unterbreiten. Im Rahmen der Konferenz gibt es u.a. Referate und Diskussionsangebote zu den Folgen prekärer Arbeit und zur Situation Alleinerziehender. Das gesamte Programm nebst Einladung und Anmelde-möglichkeit finden Interessierte unter www.linksfraktion-sachsen.de unter dem Menüpunkt „Termine“.



Da ist kein Wurm drin! Gewinne mit Obst ...

Habe Sie schon mal mithilfe von Obst was gewonnen? Nicht? Dann haben Sie am **3. Oktober 2012** erstmals Gelegenheit dazu. Wie jedes Jahr präsentiert sich die Fraktion DIE LINKE am Tag der Deutschen Einheit im Sächsischen Landtag. Und wie immer beim **Tag der offenen Landtags-Tür**

werden wir unseren Gästen im Saal 3 einiges bieten: Musik, interessanten Lesestoff, Gesprächsrunden, kurzweilig-amüsante Geschichten – und Äpfel! Garantiert wurmfrei, gesund, lecker und mit der Chance auf einen attraktiven Gewinn. Denn unter unseren Logo-Äpfeln verstecken sich mehrere Familienpreise. Dabei geht es u.a. um Familien-Tageskarten für die Zoos in Leipzig, Dresden und Meißen. Weitere Preise haben mit dem Freizeitpark „Sonnenland“ in Lichtenau, mit dem Wildgehege Moritzburg und mit einem Waldhochseilgarten zu tun.



Mehr wird hier noch nicht verraten: Wir sehen uns am **3. Oktober** zwischen 14 und 18 Uhr im Landtag in Dresden! Reinkommen und gewinnen!

Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Fax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

Vi.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Elke Fahr

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag